

**Porsche-Freunde**  
Katar oder Daimler:  
Wer steigt ein? **SEITEN 9, 11**



**Lehre oder Leere?**  
Wie man Ökonomie in  
der Krise unterrichtet **SEITE 7**

**Zuversicht in Indien**  
Die Zeichen der Erholung  
sind unverkennbar **SEITE 5**

**GESCHÄFTSKLIMA:** Wie sich der  
Ifo-Index im Juni entwickelt hat  
[www.handelsblatt.com/makro](http://www.handelsblatt.com/makro)

MONTAG, 22. JUNI 2009 | NR. 116

WWW.HANDELSBLATT.COM

\*\* G 0 2531 | DEUTSCHLAND | 1,90 €

## Profumo fordert stärkere private Hilfe



Der private Sektor soll bei künftigen Rettungsaktionen in der europäischen Bankenbranche eine wichtigere Rolle spielen als bisher. Das hat der Präsident des Europäischen Bankenverbandes und CEO von Unicredit, **Alessandro Profumo**, gefordert. Ausdrücklich lobt er in einem Gastbeitrag die Beschlüsse des EU-Gipfels, die europäische Bankenaufsicht zu verstärken. Nun gelte es, bis Herbst einen klaren Rechtsrahmen zu schaffen. Behörden sollten private Einlagensicherungsfonds dabei anweisen können, sich an Rettungsmaßnahmen für angeschlagene Banken zu beteiligen. So könnten höhere Kosten für eine Insolvenz vermieden werden. | HB **MEINUNG SEITE 6**

### FINANZMÄRKTE

<b>DAX</b>	→	<b>4839,46</b>	+0,04%
<b>DOW JONES</b>	→	<b>8539,73</b>	-0,19%
<b>EURO STOXX 50</b>	↗	<b>2434,77</b>	+0,84%
<b>EURO (\$)</b>	↗	<b>1,3947</b>	+0,0042
<b>BUND 10J.</b>	↓	<b>3,497%</b>	-0,058

Stand: Schluss

### Handelsblatt.com/favoriten

#### Die Top-Klicks am 21. Juni 2009

1. Machtkampf in Iran eskaliert
2. Kurzarbeit: Die Frist läuft ab
3. Dax-Ausblick: Jetzt wird's spannend
4. China – nur ein Scheinriese
5. Herr Deichmann und die Pussycat Dolls

### WIRTSCHAFT & POLITIK

**Regulierer verspricht sinkende Netzentgelte**  
Die Bundesnetzagentur stellt den Stromverbrauchern sinkende Netzentgelte in Aussicht. Präsident Matthias Kurth sagte dem Handelsblatt, die Netzbetreiber seien verpflichtet worden, die Effizienz zu steigern. **SEITE 3**

**Nach der Wahl drohen Steuererhöhungen**  
Die Staatsfinanzen laufen aus dem Ruder. Ein neues Sparprogramm gilt bei Experten aber als unwahrscheinlich. **SEITEN 4, 6**

**Neue Runde im Streit über den EU-Vertrag**  
Während Irland zum Lissabon-Reformvertrag ein zweites Referendum abhalten will, meldete Tschechiens europäischer Präsident Vaclav Klaus überraschend neue Bedenken an. **SEITE 5**

### UNTERNEHMEN & MÄRKTE

**Lufthansa gerät in Turbulenzen**  
Der deutschen Fluglinie stehen härtere Wochen und Monate bevor. Die Kranich-Linie fürchtet rote Zahlen und verschärft den Sparkurs. Die Piloten werden unruhig. **SEITE 12**

**Airbus hängt Boeing bei Aufträgen ab**  
Trotz Wirtschaftskrise hat der europäische Flugzeugkonstrukteur Airbus auf der Pariser Airshow in Le Bourget Bestellungen sowie Kaufabsichten über 127 Flugzeuge erhalten. **SEITE 13**

**Wirtschaft fördert Lehrerausbildung**  
In der deutschen Wirtschaft arbeiten immer mehr Stiftungen und Initiativen an Programmen, mit denen die Aus- und Fortbildung von Lehrern gestärkt werden soll. **SEITE 15**

### FINANZZEITUNG

**Nürnberger nutzt Bilanz erleichterung**  
Die Nürnberger Lebensversicherung hat Bilanz erleichterungen ungewöhnlich stark genutzt. Solch eine hohe Inanspruchnahme der Bilanzhilfe ist in der Branche unüblich. **SEITE 18**

**Harter Kampf um Kundenaufträge**  
Der Wettbewerb um Börsenorders der Anleger spitzt sich zu. Bei den Gebühren wurde eine neue Preisrunde eingeleitet. Sogenannte „Dark Pools“ verschärfen die Konkurrenzsituation im Wertpapierhandel zusätzlich. **SEITE 20**

**Insider handeln kräftig mit Aktien**  
Viele Top-Manager kaufen jetzt wieder Aktien ihres Unternehmens. Doch wer verkauft, der verkauft massiv. **SEITE 24**

Handelsblatt GmbH, Abonnementsservice, Telefon: 0180/5990010\*, Fax: 0211/887-3605, E-mail: hb.aboservice@vhb.de, Internet: www.handelsblatt.com  
\*(0,14 € pro Minute aus dem deutschen Festnetz, ggf. abweichende Preise aus Mobilfunknetzen)

Belgien 2,50 €  
Niederlande 2,50 €  
Luxemburg 2,50 €  
Frankreich 2,90 €  
Großbritannien 2,50 €  
Polen 16,50 PLZ  
Österreich 2,50 €  
Schweiz 4,20 CHF  
Slowakei 2,50 €  
(75,20 SKK)  
Tschechien 100.-CSK  
Ungarn 820.-HUF  
USA 3,40 \$



# Karstadt-Häuser sind heiß begehrt

Die Metro hat einen ernsthaften Rivalen im Rennen um die besten Karstadt-Filialen erhalten. Die Mfi-Gruppe will 20 Häuser kaufen.

C. SCHLAUTMANN | DÜSSELDORF

Ein nicht unerheblicher Teil der Karstadt-Warenhäuser weckt immer neue Begehrlichkeiten und steht womöglich vor dem Verkauf an einen Shopping-Center-Betreiber. „Wir halten 20 der 91 Warenhausstandorte für umbaufähig und werden deshalb für sie bieten“, sagte Matthias Böning, Vorstandschef der Management für Immobilien AG (Mfi), dem Handelsblatt. Sobald das Insolvenzverfahren über die Konzernmutter Arcandor am 1. September eröffnet sei, werde man sich um eine Übernahme bemühen. Infrage kommen für Mfi nicht nur Karstadt-Standorte wie das Kieler Haus „Am alten Markt“, das dem Vermieter Highstreet gehört. Auch unter den fünf Filialen des Oppenheim-Esch-Fonds gebe es interessante Häuser. „Wir haben uns mit allen 91 Standorten beschäftigt“, sagte Böning.

Wegen der kräftigen Mietzahlungen durch Karstadt und hoher Schließungskosten, die bislang bei einem Umbau drohten, hätten die Vermieter Übernahmeofferten in den vergangenen Jahren, neben Eigenkapital auch Fremdkapital für solche Käufe aufzubringen“, sagt er. Wenn sich gute Chancen böten, gebe es dafür aber immer noch genügend interessierte Banken. Zudem wolle man die Objekte nach dem Umbau über Fonds an institutionelle Anleger weiterreichen. Mfi werde dabei das Management der Center zehn bis 15 Jahre behalten. Ein Sprecher des Arcandor-Großaktionärs Sal. Oppenheim bestätigte, dass „diverse Überlegungen“ an die Bank herangetragen worden seien. Man leite diese Anfragen jedoch weiter an Arcandors Insolvenzverwalter Klaus Hubert Görg, der für eine Stellungnahme nicht erreichbar war.

Tatsächlich können die Vermieter ihre Standorte nur dann verkaufen, wenn sie Karstadts Insolvenzverwalter vorher räumt. Dazu könnte er jedoch bald schon gezwungen sein, meint Insolvenzrechtler Sebastian Krause. Der Professor an der Essener Fachhochschule für Ökonomie und Management weist darauf hin, dass ab der Eröffnung des Insolvenzverfahrens der Insolvenzverwalter persönlich für die Miete haftet, sollte er sie nicht bezahlen können. „Ich gehe deshalb davon aus, dass er freiwillig die Mietverträge mit der gesetzlichen Frist von drei Monaten kündigen wird, um dem Haftungsrisiko zu entgehen“, glaubt Krause. Danach stünden die Häuser für eine anderweitige Nutzung zur Verfügung.

Entsprechend offen zeigt man sich beim Karstadt-Vermieterkonsortium Highstreet, hinter dem neben Goldman Sachs die Immobilienfirmen Pirelli Re und Deutsche Bank Reef sowie der italienische Warenhausbetreiber Borletti stehen. „Wir werden solche Offerten ohne Scheuklappen prüfen“, hieß es dort auf Anfrage. Eine Vorfestlegung, etwa auf den Käufer Metro, gebe es nicht. Den Umbau von Kaufhäusern



Illustration: Thies Schwarz / Fotosec, ddp, Reuters

hauser-Allee-Arcaden in Berlin – zählt die Essener Mfi neben der Hamburger ECE zu den größten deutschen Entwicklern und Betreibern von Shopping-Centern.

Falls die Karstadt-Standorte auf den Markt kommen, sieht Mfi-Chef Böning für sein Unternehmen jedenfalls gute Chancen. „Zwar ist es derzeit schwieriger als in den vergangenen Jahren, neben Eigenkapital auch Fremdkapital für solche Käufe aufzubringen“, sagt er. Wenn sich gute Chancen böten, gebe es dafür aber immer noch genügend interessierte Banken. Zudem wolle man die Objekte nach dem Umbau über Fonds an institutionelle Anleger weiterreichen. Mfi werde dabei das Management der Center zehn bis 15 Jahre behalten.

Ein Sprecher des Arcandor-Großaktionärs Sal. Oppenheim bestätigte, dass „diverse Überlegungen“ an die Bank herangetragen worden seien. Man leite diese Anfragen jedoch weiter an Arcandors Insolvenzverwalter Klaus Hubert Görg, der für eine Stellungnahme nicht erreichbar war.

Tatsächlich können die Vermieter ihre Standorte nur dann verkaufen, wenn sie Karstadts Insolvenzverwalter vorher räumt. Dazu könnte er jedoch bald schon gezwungen sein, meint Insolvenzrechtler Sebastian Krause. Der Professor an der Essener Fachhochschule für Ökonomie und Management weist darauf hin, dass ab der Eröffnung des Insolvenzverfahrens der Insolvenzverwalter persönlich für die Miete haftet, sollte er sie nicht bezahlen können. „Ich gehe deshalb davon aus, dass er freiwillig die Mietverträge mit der gesetzlichen Frist von drei Monaten kündigen wird, um dem Haftungsrisiko zu entgehen“, glaubt Krause. Danach stünden die Häuser für eine anderweitige Nutzung zur Verfügung.

Entsprechend offen zeigt man sich beim Karstadt-Vermieterkonsortium Highstreet, hinter dem neben Goldman Sachs die Immobilienfirmen Pirelli Re und Deutsche Bank Reef sowie der italienische Warenhausbetreiber Borletti stehen. „Wir werden solche Offerten ohne Scheuklappen prüfen“, hieß es dort auf Anfrage. Eine Vorfestlegung, etwa auf den Käufer Metro, gebe es nicht. Den Umbau von Kaufhäusern

kaufen, wenn sie Karstadts Insolvenzverwalter vorher räumt. Dazu könnte er jedoch bald schon gezwungen sein, meint Insolvenzrechtler Sebastian Krause. Der Professor an der Essener Fachhochschule für Ökonomie und Management weist darauf hin, dass ab der Eröffnung des Insolvenzverfahrens der Insolvenzverwalter persönlich für die Miete haftet, sollte er sie nicht bezahlen können. „Ich gehe deshalb davon aus, dass er freiwillig die Mietverträge mit der gesetzlichen Frist von drei Monaten kündigen wird, um dem Haftungsrisiko zu entgehen“, glaubt Krause. Danach stünden die Häuser für eine anderweitige Nutzung zur Verfügung.

Entsprechend offen zeigt man sich beim Karstadt-Vermieterkonsortium Highstreet, hinter dem neben Goldman Sachs die Immobilienfirmen Pirelli Re und Deutsche Bank Reef sowie der italienische Warenhausbetreiber Borletti stehen. „Wir werden solche Offerten ohne Scheuklappen prüfen“, hieß es dort auf Anfrage. Eine Vorfestlegung, etwa auf den Käufer Metro, gebe es nicht. Den Umbau von Kaufhäusern

### Schnäppchenjagd

**Metro:** Konzernchef Eckhard Cordes will 60 der 91 Karstadt-Warenhäuser übernehmen, um sie mit der eigenen Kaufhof-Kette zu vereinen. Welche dies sind, ist bislang geheim. Das Kaufangebot gilt für den operativen Betrieb, nicht für die Immobilien. An einer künftigen Warenhaus AG aus Kaufhof und Karstadt hat der italienische Warenhausbetreiber Maurizio Borletti schon jetzt sein Interesse bekundet.

**Mfi:** Der Shoppingcenterbetreiber will 20 Karstadt-Häuser übernehmen und sie zu Einkaufszentren umbauen. Zu den einzelnen Standorten hält sich Mfi weitgehend bedeckt. Nur so viel: Das Haus in Kiel gehört dazu, das in Köln nicht.

**Otto:** Der Familienkonzern hat nicht nur ein Auge auf einige Spezialversender von Arcandor geworfen, er will auch Karstadts Sporthäuser übernehmen, um sie mit der eigenen Kette Sportscheck zu vereinen.

in florierende Einkaufszentren hatte vor sieben Jahren schon der damalige Karstadt-Quelle-Chef Wolfgang Urban auf die Tagesordnung gesetzt. Doch die Idee setzte sich wegen fehlender Finanzmittel kaum durch. Eines der wenigsten gelungenen Beispiele sind die von Mfi betriebenen Wilmersdorfer Arcaden in Berlin, die 2007 mit 120 Läden an den Start gingen. Sie entstanden aus einem alten Karstadt-Parkhaus, das die Centerbetreiber mit zwei weiteren Grundstücken ergänzten.

Experten bewerten solche Umbauten allerdings als riskant. „Es ist ausgesprochen schwierig, aus einem Warenhaus ein Shopping-Center zu gestalten“, sagt Hubert Görg, Geschäftsführer bei DTZ Zadelhoff Tie Leung, dessen Firma unter anderem den Frankfurter Einkaufsstempel My Zeil verwaltet. Pro Quadratmeter Umbaufläche müssten Investoren bis zu 3 500 Euro auf den Tisch legen – fast so viel wie für einen Neubau.

BERICHT SEITE 13

Mehr zum Thema Arcandor und Karstadt finden Sie unter: [www.handelsblatt.com/arcandor](http://www.handelsblatt.com/arcandor)

# Machtkampf in Iran fordert Tote

Regierung kündigt harte Niederschlagung der Proteste an, Oppositionsführer Mussawi plant Generalstreik

**DÜSSELDORF.** Der Machtkampf in Iran eskaliert: Am Wochenende starben nach offiziellen Angaben mindestens zehn Menschen bei Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Während die iranische Führung ankündigte, hart gegen jede „illegale“ Demonstration vorzugehen, kündigte Oppositionsführer Mir-Hossein Mussawi nach Angaben seiner Anhänger an, er sei bereit, „zum Märtyrer“ zu werden. Er soll zudem einen Generalstreik in den kommenden Tagen angekündigt haben.

Die iranische Reformbewegung ließ sich damit nicht von dem geistlichen Oberhaupt Ajatollah Ali Chamenei einschüchtern. Dieser hatte am Freitag die Präsidentschaftswahlen für rechtmäßig erklärt und ein Ende der Proteste angeordnet. Der moderate frühere Präsident Mohammed Chatami forderte dagegen die sofortige Freilassung von verhafteten Demonstranten und warnte das Lager von Präsident Mahmud Ahmadinedschad davor, die Proteste zu verbieten.

Am Wochenende hatte es erhebliche Auseinandersetzungen gegeben, weil in Teheran erneut Zehntausende Anhänger der Opposition für Neuwahlen demonstriert hatten. Hunderte Menschen wurden dabei verletzt. Die Polizei nahm nach eigenen Angaben mehr als 450 Demonstranten fest, darunter auch Familienmitglieder des sehr einflussreichen früheren Präsidenten Ali Akbar Rafсандschani. Einige wurden später wieder freigelassen.



Szenen eines Bürgerkriegs: Iranische Sicherheitskräfte machen in Teheran Jagd auf Demonstranten.

Die Oppositionsbewegung meldete auch aus anderen großen iranischen Städten Proteste, etwa aus Isfahan und Schiras. Teilweise seien die Sicherheitskräfte auch hier hart gegen die Demonstranten vorgegangen. In Mesched im Nordosten des Landes hätten sich auch Mullahs – Geistliche – den Protesten angeschlossen.

Iran-Experten im Nahen Osten äußerten sich dennoch zurückhaltend über die Chancen der Opposition. „Die Legitimität der Führungsfiguren der Islamischen Republik ist zwar im Kern beschädigt“, sagte Christian Koch vom Gulf Research Centre, einer unabhängigen Denkfabrik in Dubai. „Aber es ist nicht zu erkennen, dass das Regime bröckelt.“ Durch den massiven Einsatz staatlicher

Gewalt sei die Zahl der Demonstranten gesunken. Zudem habe Oppositionsführer Mussawi bislang keine öffentliche Rückendeckung durch prominente Geistliche wie etwa Rafсандschani oder den unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Mehdi Karrubi. Auch die Erfolgschancen eines Generalstreiks wurden als gering angesehen. „Dazu bräuchte Mussawi mehr Rückhalt im ganzen Land“, sagte ein langjähriger Beobachter der Region.

Parallel zu der Zuspitzung in Iran verschärfte sich der Ton zwischen westlichen Regierungen und der Führung in Teheran. Sowohl US-Präsident Barack Obama als auch Bundeskanzlerin Angela Merkel forderten einen Gewaltverzicht und eine Neuauszählung der Präsidentschaftswahl. Auch in Europa, den USA und Australien demonstrierten erneut Zehntausende Exiliraner gegen die Wiederwahl Ahmadinedschads. **HB/bac**

Dennoch ist der Handlungsspielraum für Mussawi geschrumpft. Bis dato schweigen maßgebliche Stützen des Systems. Außer dem liberalen Ex-Präsidenten Mohammed Chatami hat sich bislang kaum ein prominenter Geistlicher öffentlich auf die Seite der Opposition geschlagen. Ali Akbar Rafсандschani ist zwar ein erbitterter Gegner von Ahmadinedschad, operiert aber nach wie vor im Hintergrund. Auch die einflussreichen Basarhändler, die im Herbst 2008 durch einen Streik die geplante Einführung der Mehrwertsteuer abgeblockt haben, bilden keine geschlossene Front.

Mussawi bleibt damit nur ein Generalstreik als letztes Mittel. Ob er allerdings im ganzen Land befolgt würde, ist zweifelhaft. Dreht die Regierung hingegen weiter an der Eskalationsschraube, provoziert sie einen Bürgerkrieg. Aber selbst wenn es ihr gelingen sollte, die Reformbewegung niederzuknüppeln, hätte sie nur für eine begrenzte Zeit Ruhe: Auf lange Sicht kann sich das Regime nicht halten. Die Islamische Republik Iran ist nicht mehr die gleiche wie vor der Wahl. **backfisch@handelsblatt.com**

BERICHT SEITE 3

## IRAN Mit eiserner Faust

Mit dem brutalen Einsatz der Sicherheitskräfte hat die iranische Regierung für eine Eskalation in der Auseinandersetzung mit der Opposition gesorgt. Und der oberste religiöse Führer Ali Chamenei, für viele die letzte Hoffnung, hat auf der ganzen Linie versagt. Nicht nur, dass er dem Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad zum Wahlsieg gratulierte, bevor die Stimmen regulär ausgezählt waren. In seinem Freitagsgebet sprach er allen Iranern, die zum Teil berechtigte Zweifel am Ergebnis des Urnengangs hatten, jedwede Legitimität ab.

Chamenei hätte es in der Hand gehabt, ein Signal der Integration und damit der Versöhnung zu senden. Ihm wäre es noch möglich gewesen, den bis dahin friedlichen Protest zu



MICHAEL BACKFISCH  
Korrespondent Dubai

kanalisieren. Doch mit seiner politisch instinktlosen Einteilung in Regimebefürworter und Regimegegner verstärkte er erst recht den Zorn der Demonstranten.

Vor diesem Hintergrund fühlt sich die Regierung zu massiver Gewalt nach innen und zu rhetorischer Konfrontation nach außen ermutigt. Schuld sind demnach die „Randallierer“ auf den Straßen des Landes und deren vermeintliche Drahtzieher in den USA, in Westeuropa und in Israel. Ideologische Ablenkungsreflexe, die aus der Zeit des Kalten Krieges einschlägig bekannt sind.

Ahmadinedschad und Chamenei haben mit dieser Ausgrenzungsstrategie einen Riesenfehler gemacht. Sie versuchen, eine Bewegung blutig niederzuschlagen, die keineswegs einen radikalen Bruch mit dem System anstrebt. Viele Iraner sind gläubig. Sie stehen hinter der Islamischen Republik, wollen aber mehr Nischen für Dialog. Ihre Galiionsfigur Mir-Hossein Mussawi ist ein Schützling des Vaters der islamischen Revolution, Ajatollah Ruhollah Chamenei. Die Regierung ist nun gemäß ihrer eigenen Logik dazu verdammt, die Schleusen des staatlichen Gewaltmonopols immer weiter zu öffnen: Wasserwerk, Tränengas – und am Ende Panzer?

Die Politik der eisernen Faust führt nur auf den ersten Blick zu den gewünschten Ergebnissen. Natürlich fühlen sich viele Iraner abgeschreckt: Nach allem, was durch den Nebel der Pressezensur erkennbar ist, hat die Zahl der Demonstranten in Teheran abgenommen. Es scheint jedoch ein Heer von schweigenden Sympathisanten zu geben.

Dennoch ist der Handlungsspielraum für Mussawi geschrumpft. Bis dato schweigen maßgebliche Stützen des Systems. Außer dem liberalen Ex-Präsidenten Mohammed Chatami hat sich bislang kaum ein prominenter Geistlicher öffentlich auf die Seite der Opposition geschlagen. Ali Akbar Rafсандschani ist zwar ein erbitterter Gegner von Ahmadinedschad, operiert aber nach wie vor im Hintergrund. Auch die einflussreichen Basarhändler, die im Herbst 2008 durch einen Streik die geplante Einführung der Mehrwertsteuer abgeblockt haben, bilden keine geschlossene Front.

Mussawi bleibt damit nur ein Generalstreik als letztes Mittel. Ob er allerdings im ganzen Land befolgt würde, ist zweifelhaft. Dreht die Regierung hingegen weiter an der Eskalationsschraube, provoziert sie einen Bürgerkrieg. Aber selbst wenn es ihr gelingen sollte, die Reformbewegung niederzuknüppeln, hätte sie nur für eine begrenzte Zeit Ruhe: Auf lange Sicht kann sich das Regime nicht halten. Die Islamische Republik Iran ist nicht mehr die gleiche wie vor der Wahl. **backfisch@handelsblatt.com**